



## Niederschrift

66. Plenarsitzung des Gemeinderates  
16. Juli 2024, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

### Punkt 9 der Tagesordnung: Abschluss von Belegungsvereinbarungen

Punkt 9.1 der Tagesordnung: Abschluss einer Belegungsvereinbarung zur Unterbringung von obdachlosen Menschen

Vorlage: 2024/0628

Punkt 9.2 der Tagesordnung: Abschluss einer Belegungsvereinbarung zur Unterbringung von obdachlosen Frauen

Vorlage: 2024/0629

Punkt 9.3 der Tagesordnung: Abschluss einer Belegungsvereinbarung zur Unterbringung von obdachlosen alleinstehenden Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf

Vorlage: 2024/0630

### Beschluss:

TOP 9.1: Der Gemeinderat stimmt, nach Vorberatung im Hauptausschuss, dem Abschluss einer Belegungsvereinbarung über vier Stockwerke mit 38 Betten und zwei Küchen in der Kaiserallee 93 in 76133 Karlsruhe ab dem 1. Oktober 2024 bis zum 30. September 2029 zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechende Vereinbarung mit Gesamtbelegungskosten in Höhe von 1.436.400 Euro abzuschließen.

TOP 9.2: Der Gemeinderat stimmt, nach Vorberatung im Hauptausschuss, dem Abschluss einer Belegungsvereinbarung über 22 Plätze, Büros und Aufenthaltsräume in der Kaiserallee 71 in 76133 Karlsruhe ab dem 1. August 2024 bis zum 31. Juli 2029 zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechende Vereinbarung mit Gesamtkosten in Höhe von 930.000 Euro abzuschließen.

TOP 9.3: Der Gemeinderat stimmt, nach Vorberatung im Hauptausschuss, dem Abschluss einer Belegungsvereinbarung über zwei Stockwerke mit 37 Betten, Büroräumen für Sozialarbeit, Personaltoiletten, einem Schlafräum für den

Nachtdienst sowie einem Hauswirtschaftsraum in der Sophienstraße 73 in 76133 Karlsruhe ab dem 1. Oktober 2024 bis zum 30. September 2029 zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechende Vereinbarung mit Gesamtmietkosten in Höhe von 2.160.000 Euro abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

TOP 9.1: mehrheitlich zugestimmt (41 Ja, 2 Nein, 3 Enthaltungen)

TOP 9.2: mehrheitlich zugestimmt (41 Ja, 2 Nein, 3 Enthaltungen)

TOP 9.3: mehrheitlich zugestimmt (41 Ja, 2 Nein, 3 Enthaltungen)

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 9 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 2. Juli 2024.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Wir unterhalten uns heute über diese Vorlage. Das möchte ich begründen, denn natürlich sind wir dafür, dass es übergangsweise, Betonung liegt natürlich da auf dem Übergangsweise, Unterbringung für wohnungslose Bürger\*innen gibt. Aber die Höhe der Mietkosten, die hier aufgerufen werden, machen uns doch ganz schön stutzig. Das sind Quadratmeterpreise, für die ich eher einen Loft erwarten würde. Wenn so einer zur Verfügung gestellt würde, wäre ich vollkommen d'accord und würde hier auch gerne zustimmen. Aber es geht zum Teil um doppelt belegte Zimmer. Da finden wir das nicht wirklich angemessen. Das zeigt die Blüten unserer Wohnungspolitik. Dieser Mangel an vor allem günstigem Wohnraum, der dann dazu führt, dass Menschen den Zugang zu Wohnraum komplett verlieren, und dann der Wahnwitz, dass man vor allem für die, die am wenigsten haben, man am meisten braucht. Und klar, wir stimmen heute über Verträge von der Stadt mit privaten Vermieter\*innen, aber man darf auch nicht vergessen, wir haben zum Teil sehr gesalzene Eigenbeteiligungen für die Betroffenen. Ich würde, ehrlich gesagt, das Geld für die Mietbeiträge eher in direkte Unterstützung für die Menschen sehen, zum Beispiel in der Senkung dieser Beträge. Dort würde ich das als definitiv besser aufgehoben betrachten.

**Stadtrat Braun (KAL/DIE PARTEI):** Wir von der Partei DIE PARTEI lehnen diese Vorlage heute aufgrund der gestiegenen Benutzungsentgelte für die Unterbringung obdachloser Menschen grundsätzlich ab. Aus unserer Sicht ist es ein Armutszeugnis für die Stadt, diesen Weg bereits einstimmig geebnet zu haben und heute diese Belegungsvereinbarung so beschließen zu wollen. Sie wollen, dass man sich in Karlsruhe selbst das Arm-Sein leisten können muss. Wir lehnen das entschieden ab.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Wir haben diese Sache im Hauptausschuss diskutiert. Genau diese Fragen habe ich auch gestellt. Die Auskunft vom Bürgermeister Lenz war, dass es teilweise zu Schäden kommt, weil viele dieser Menschen, um die es hier geht, Episoden haben, in denen sie verwirrt sind. Diese Schäden müssen auch wieder ausgeglichen werden. Die Wohnungen müssen regelmäßig wiederhergestellt werden. Es handelt sich um Menschen, denen wirklich geholfen werden muss. Die Stadtverwaltung hat uns erklärt, dass es sinnvoll ist, diese Dienste, diese Unterbringung von privaten Firmen erbringen zu lassen, weil es am Ende für die Stadt günstiger kommt. Diese Argumente finden wir stichhaltig und werden heute zustimmen.

**Der Vorsitzende:** Ich möchte noch einmal deutlich machen, und Herr Stadtrat Braun, Sie haben es vielleicht auch in der Presseberichterstattung lesen können, da hat man versucht, jemanden zu finden, der sagt, das ist für ihn eine unzumutbare monatliche Belastung. Da muss man erst einmal feststellen, dass die meisten dieser Menschen diese Finanzierung gar nicht aufbringen müssen, sondern das wird quasi gegenverrechnet mit uns. Diese eine Person, die dann dort sich geäußert hat, hat gesagt, in Anbetracht dieser hohen Kosten muss ich mich dann vielleicht doch mal um eine eigene Wohnung kümmern. Das heißt, es ist durchaus auch gewollt und entspricht trotzdem jetzt den entsprechenden Kosten, die bei uns anfallen, dass man hier einen Beitrag erhebt von denen, die es sich leisten können. Das sind nur die wenigsten, die vielleicht ein bisschen dann dazu führen, dass man sagt, man verlässt sich nicht darauf, dass man in entsprechenden Unterkünften immer etwas findet, sondern man muss sich auf einen eigenen Weg machen. Da bieten wir über unsere Wohnraumakquise auch die entsprechenden Angebote an. Es ist nicht so, dass das das Einzige ist, das wir hier anbieten können. Das ist meine erste Bemerkung.

Die zweite Bemerkung, es handelt sich hier eben nicht um ein normales Mietverhältnis, wo ich einen Vermieter, eine Vermieterin habe, der sich aussuchen kann, wen er da unterbringt und wen nicht unterbringt, an wen er vermietet oder nicht, sondern wir kriegen hier ein sozusagen Unterbringungsangebot angeboten, das weit über das hinausgeht, dass man einfach nur Wohnraum hat und das auch mit bestimmten Unsicherheiten leben muss, und dass uns aber auf der anderen Seite sicherstellt, dass wir diese Personen auch sehr kurzfristig unterbringen können und dass das auf alle Fälle immer sinnvoller ist als in irgendwelchen großräumigen Gemeinschaftsunterkünften, wie Sie das vielleicht aus anderen Städten auch kennen. Deswegen stehen wir zu dieser konsequenten Linie und bitten hier um Ihre Zustimmung.

Und dass wir das über private Anbieter machen, das hat sich seit Jahrzehnten bewährt. Wenn Sie grundsätzlich anderer Meinung wären, müssten Sie es im Fachausschuss noch einmal miteinander diskutieren, aber all das führt jetzt zu diesen Unterbringungsvereinbarungen oder Belegungsvereinbarungen. Es geht nicht um Mietverträge, sondern Belegungsvereinbarungen. Das ist einfach etwas anderes. Ich bin immer wieder froh, dass es private Anbieter gibt, die uns überhaupt ermöglichen, größere Gruppen von Menschen, die kein Obdach haben, so unterzubringen, sodass wir sie dann auch vernünftig dort sozial betreuen und vielleicht auch bei einem Weg in die eigene Wohnung begleiten können.

**Bürgermeister Lenz:** Ich mache es ganz kurz, aber ich muss einfach etwas sagen. Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, letzte Woche waren Köln, Bonn und Berlin hier. Bonn ist gleich groß wie wir und hat viermal so viele Wohnungslose. Potsdam ist halb so groß, hat viermal so viele Wohnungslose, und es liegt genau an diesem System der Belegungsvereinbarung, wie es Herr Oberbürgermeister geschildert hat. Wenn die Städte dann sagen, in den letzten zehn Jahren sind die Wohnungslosenzahlen explodiert, und wir legen unsere Liste dann auf, Sie kennen alle die Grafik, und das trotz dieser niedrigen Baurate, die wir leider haben in unserer Stadt, dann sehen Sie doch, dass unser System funktioniert. Und deswegen noch einmal der Dank an alle Privaten. Ich wollte nicht diese zehn, zwölf Ein-, Zwei-Sterne-Hotels in städtischer Trägerschaft haben, mit Sanierung, mit Personal und allem, und deutlich unter 30 Euro pro Nacht. Deswegen sage ich das jetzt auch so, weil die Summe so relativ viel wirkt, ist natürlich wenig, aber das Entscheidende ist, da haben Sie völlig recht, Frau Stadträtin Göttel, und da geben wir noch einmal Gas an bestimmten

Stellen nächstes Jahr für die Fortschreibung des Gesamtkonzepts Wohnungslosenhilfe. Natürlich müssen wir gucken, dass möglichst schnell im Wohnraum vermittelt wird. Und hätten wir die Wohnraumakquise nicht, da hätte man halt 1.000 Wohnungslose, und wie es der Oberbürgermeister gesagt hat, dann kämen wir um diese menschenunwürdigen Gesamtunterkünfte mit Vier- und Sechs-Bett-Zimmern auch nicht mehr herum. Deswegen kann ich nur immer appellieren, bitte ein einheitliches und klares Zeichen den Privaten, weil ohne sie würden wir es nicht hinbekommen. Wir haben nur noch eine städtische Unterkunft, und da ist es völlig richtig an der Stelle, mit Privaten das so zu tun. Das musste ich leider noch einmal loswerden, Herr Oberbürgermeister.

**Der Vorsitzende:** Ich rufe auf die Vorlagen unter 9.1 und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Mehrheitliche Zustimmung.

Dann rufe ich auf, jetzt gucken wir mal kurz, nicht dass ich wieder Kritik einsammle, dann rufe ich auf unter 9.2. Da geht es um die obdachlosen Frauen, und bitte um ihr Votum ab jetzt. – Mehrheitliche Zustimmung.

Und dann rufe ich auf, jetzt warten wir wieder, unter 9.3, da geht es um eine Belegungsvereinbarung auch für alleinstehende Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf. Und wir stimmen ab ab jetzt. – Mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
1. August 2024